

2147/J XXI.GP  
Eingelangt am: 19.3.2001

### **ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Dr. Eva Lichtenberger, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend Vorfinanzierung von Straßenbauprojekten in Oberösterreich

Nach der Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbauförderung im Rahmen der letzten Finanzausgleichsverhandlungen beabsichtigt das Land Oberösterreich mit diesen Mitteln unter anderem, diverse Infrastrukturprojekte offensiv voranzutreiben, was auch verschiedene Planungs - und Vorfinanzierungsmaßnahmen umfaßt.

So bot der Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Josef Pühringer, dem Infrastrukturministerium an, daß das Land Oberösterreich die gesamten Planungskosten für die 4. Linzer Donaubrücke bis zu einer Obergrenze von 150 Millionen Schilling übernimmt.

Sowohl dieses Projekt als auch andere in Oberösterreich beabsichtigte Straßenbaumaßnahmen widersprechen generellen verkehrspolitischen Grundsätzen, wie z.B. der Verlagerung des individuell motorisierten PendlerInnenverkehrs auf öffentliche Verkehrsträger. Zudem könnte durch ein in dieser Form isoliertes Inangriffnehmen von Einzelprojekten der Zweck des von der Infrastrukturministerin für 2001 angekündigten Bundesverkehrswegeplans konterkariert werden. Nachdem Budgetmittel aus dem Infrastrukturministerium auch unter dem Gesichtspunkt einer effizienten und umweltschonenden Mobilitätsinvestition ausgegeben werden sollten, sind diverse Projekte, für die sich das Land Oberösterreich entschieden hat und Vorfinanzierungsvarianten verhandelt, auch gesamtösterreichisch und ökologisch abzuwägen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Ändert sich durch das Angebot des Landeshauptmanns betreffend die Übernahme der Planungskosten für die Linzer der Zeitablauf des entsprechenden Verfahrens? Kommt es bei einer Übernahme der Planungskosten zu einer Verfahrensbeschleunigung durch das Ministerium?
2. Das Land Oberösterreich bietet ein Vorfinanzierungsmodell für Straßenbauprojekte in der Größenordnung von 2,2 Milliarden Schilling an. Welche konkreten Projekte werden davon betroffen sein?

3. Welche dieser Projekte halten Sie für ökologisch vertretbar und welche nicht sowie welche Fachgutachten und sonstigen Grundlagen liegen dieser Ihrer Einschätzung im einzelnen zugrunde?
4. Wird die Vorfinanzierung dieser Projekte zinsenlos sein?
5. Ist es richtig, daß dadurch für das Land Oberösterreich Gesamtkosten von 3,5 Milliarden Schilling entstehen?
6. Für welchen Zeitraum gelten diese Vorfinanzierungsangebote und in welchem konkreten Zeitraum werden die Rückzahlungen erfolgen?
7. Besteht in der Frage der Vorfinanzierungen bereits eine Einigung mit dem Bundesland Oberösterreich? Wenn nein, warum nicht und wie lauten derzeit die Meinungsdivergenzen zwischen Oberösterreich und dem Infrastrukturministerium?
8. Wenn ja, welches konkrete Modell soll fixiert werden?
9. Gibt es eine Zustimmung des Finanzministers zu diesem Vorfinanzierungsmodell beziehungsweise wird diese nötig sein und wie soll im Detail die Refinanzierung erfolgen?
10. Liegen ähnliche Vorhaben aus anderen Bundesländern vor? Wenn ja, welche?